



Passive DemokratInnen

Aktuelle Befunde zu Politikverständnis und Engagementbereitschaft Jugendlicher in den 10er-Jahren

Dr. Beate Großegger

Wien, 2011

Foto-Credits: Sanja Aleckovic/www.jugendpresse.org, CC-Lizenz(by-nc); bluetomato

Institut für Jugendkulturforschung – jugendkultur.at
Alserbachstraße 18 / 7. OG / 1090 Wien
Tel. +43 / (0)1 / 532 67 95
E-Mail: bgrossegger@jugendkultur.at

Inhalt

1	Politikinteresse	3
2	Informationsverhalten	6
3	Politische Beteiligung und soziales Engagement	8
4	Online-Politisierung – ein frommer Wunsch?	13
5	Politikdistanz und Kritik an der politischen Klasse	19

Literatur

AutorInnen-Info

Institut für Jugendkulturforschung – about

Passive DemokratInnen

Jugendliche sind überzeugte, aber passive DemokratInnen. Wie die im Herbst 2010 veröffentlichte aktuelle deutsche Shell Jugendstudie zeigt, ist, sich in Politik einzumischen, bei Jugendlichen „out“: Nur 3% geben an, in der Freizeit oft für soziale und politische Veränderungen aktiv zu sein, 17% sind das eigenen Angaben zu Folge gelegentlich, 80% werden hingegen nie für soziale und politische Veränderungen aktiv. (Schneekloth 2010: 153) Zufriedenheit mit der Demokratie und ein von der Jugend deutlich artikuliertes Demokratiebewusstsein führen großteils nicht zu einer aktiven Beteiligung an Debatten der großen (gesellschafts)politischen Fragen unserer Zeit. Und auch aktives Informationsinteresse ist für die Mehrheit kein großes Thema: Nur 33% informieren sich aktiv darüber, was in der Politik los ist. (Schneekloth 2010: 132) Eine vom Institut für Jugendkulturforschung durchgeführte qualitative Exploration zum Thema Erwartungen 14- bis 19-Jähriger an Politik bestätigt diesen Befund.¹ (Institut für Jugendkulturforschung 2010a)

Politische Information spielt im Alltag breiter Mehrheiten keine vorrangige Rolle. Lediglich zu bestimmten Anlässen – beispielsweise vor Wahlen oder bei aktuellen Ereignissen, die zu echten Medienevents anwachsen und über die zumindest kurze Zeit jeder spricht, lassen sie sich vom Politik-Hype mitreißen. Doch selbst dann geht die Beschäftigung mit Politik vielfach nicht allzu tief. Sarah ist hierfür ein gutes Beispiel: Sie ist 16 Jahre, besucht ein Gymnasium, war im letzten Jahr erstmals wahlberechtigt, ging bei der Landtagswahl selbstverständlich zur Wahl, gab eine gültige Stimme ab und sagt, angesprochen auf politische Information, dennoch ganz selbstbewusst: „Richtig verfolgen tu’ ich es jetzt nicht“. Und sie begründet dies auch: „Weil meistens kommt eh nichts raus.“²

¹ Die Exploration beinhaltet 24 qualitative Online-Interviews mit 14- bis 19-Jährigen bundesweit sowie eine Gruppendiskussion mit 15- bis 19-Jährigen aus Niederösterreich und Wien. Insgesamt nahmen 34 Jugendliche, davon 16 Jugendliche mit niedriger und mittlerer Bildung (Hauptschule, Polytechnische Schule, BMS, Lehre, AMS-Schulung mit Pflichtschulabschluss) sowie 18 Jugendliche mit höherer Bildung (AHS, BHS, Studium), an der Studie teil. Ergänzend dazu wurde im Rahmen der vom Institut für Jugendkulturforschung durchgeführten repräsentativen ErstwählerInnen-Nachwahlbefragung zur Wien-Wahl 2010 eine Einfrage zur Nutzung von TV-Wahlberichterstattung gestellt (Institut für Jugendkulturforschung 2010b) sowie mittels Mystery-Mail-Methode ein Test, wie PolitikerInnen auf Email-Anfragen junger BürgerInnen reagieren, durchgeführt (Institut für Jugendkulturforschung 2010c); Feldzeit: Sommer/Herbst 2010.

² Dieses Originalzitat sowie sämtliche folgenden Zitate stammen aus den qualitativen Online-Interviews bzw. der Gruppendiskussion im Rahmen der Exploration „Was erwarten 14- bis 19-Jährige von Politik?“. (Institut für Jugendkulturforschung 2010a)

1 Politikinteresse

Die Jugend der 2010er-Jahre ist in ihrem Verhältnis zu Politik und Gesellschaft widersprüchlich. Einerseits lässt sich bei Jugendlichen eine stabil hohe Demokratiezufriedenheit beobachten, d.h. Jugendliche wissen es zu schätzen, dass sie in einer Demokratie leben und sehen die Demokratie als beste Staatsform an. Andererseits wächst die Kritik an der „politischen Klasse“, die Skepsis gegenüber den politischen Institutionen ist anhaltend hoch und die Mitbestimmungsmöglichkeiten Jugendlicher in wichtigen politischen Fragen werden vielfach als defizitär erlebt.

Sieht man näher hin, so zeigt sich die Jugend in Sachen Politik in mehrere Teilgruppen segmentiert: Neben einer kleinen Minderheit politisch aktiver Jugendlicher gibt es

- eine Gruppe Jugendlicher, die die politische Information in den Medien interessiert mitverfolgen, der Institutionenpolitik aber sehr kritisch gegenüber stehen und alles in allem wenig Bereitschaft zeigen, Politik aktiv mitzugestalten.
- Es gibt Pseudo-Informierte, die sich zwar nicht in völliger Politikabstinenz üben, an politischen Debatten jedoch nur punktuell teilhaben. Sie sind über aktuelle politische Ereignisse eher oberflächlich informiert; die Informationen, die sie aus Nachrichtenmedien beziehen, sind für sie mangels politischen Wissens nicht immer schlüssig interpretierbar. Interesse an Politik zeigen diese Jugendlichen dann, wenn es einen Aufreger gibt bzw. ein Thema aufgegriffen wird, das in der persönlichen Lebenssituation sehr konkret greifbar ist, oder kurz vor Wahlen.
- Und es gibt die Distanzierten, die zu Politik(ern)verdrossenheit stehen und von ihrem demokratischen Recht, unpolitisch zu sein, selbstbewusst Gebrauch machen.

Allen Initiativen der politischen Bildung und Beteiligungsförderung zum Trotz: dem Ideal des mündigen aktiven Bürgers bzw. der mündigen aktiven Bürgerin entsprechen wenige.

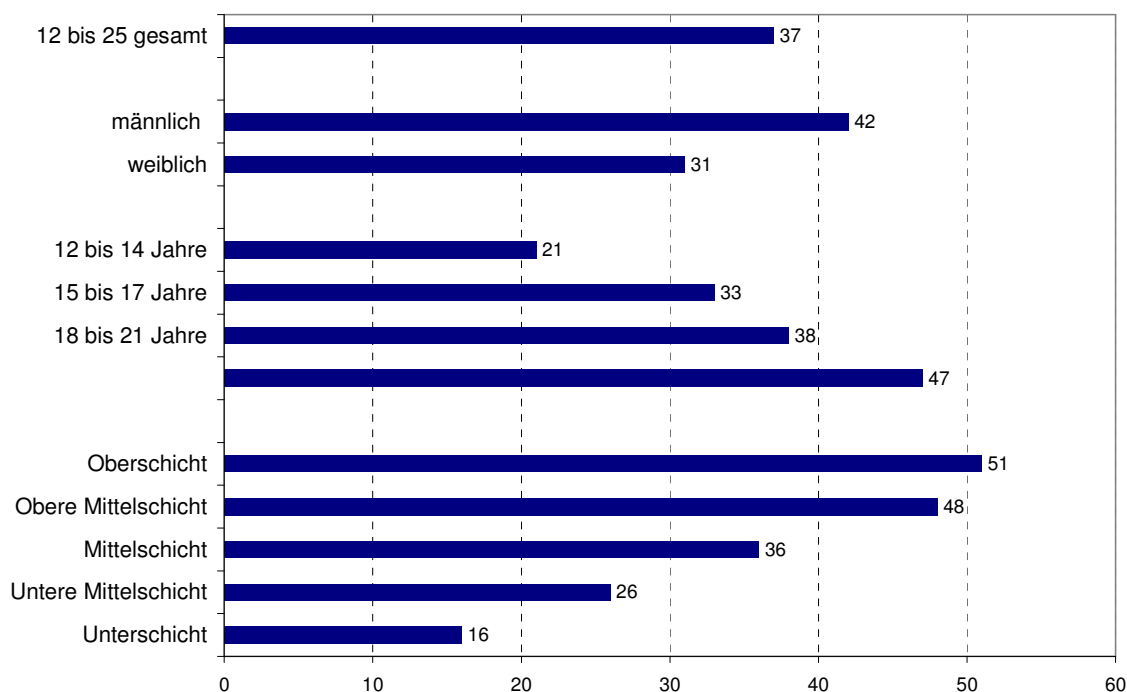
Nach wie vor ist Politikinteresse eher eine Sache bildungsnaher Gruppen. Was auffällt, ist, dass sich männliche Jugendliche zu einem höheren Prozentsatz als weibliche Jugendliche interessiert bezeichnen als weibliche Jugendliche. Der Anteil der politikinteressierten Jugendlichen wächst zudem mit dem Alter. Was in demokratiepolitischer Hinsicht nachdenklich stimmt, ist das markante schichtspezifische Gefälle, das im Zusammenhang mit Politikinteresse zu beobachten ist: Während sich in der Oberschicht und der oberen Mittelschicht rund jede/r Zweite als an Politik interessiert beschreibt, sind es in der Mittelschicht nur mehr 36%, in der unteren Mittelschicht 26% und in der Unterschicht gar nur mehr 16%, die sich für Politik interessieren. (Schneekloth 2010: 132; vgl. Grafik 1) Wie sind diese Ergebnisse zu interpretieren?

Zum einen Teil spielt hier sozial erwünschtes Antwortverhalten eine Rolle: In den bildungsnahen Milieus, in der Oberschicht und oberen Mittelschicht, wo das Konzept des „Active Citizenship“ hochgehalten wird, tendieren Jugendliche, wie man auch aus der qualitativen Forschung weiß, dazu, ihr Politikinteresse zu überzeichnen. In den eher bildungsfernen Milieus bekennt man sich hingegen offen zu Politikverdrossenheit – nicht zuletzt deshalb, weil es hier niemanden wirklich stört, wenn sich Jugendliche aus den politischen Debatten absentieren.

Zum anderen und weitaus substanzieller wirken ressourcenspezifische Faktoren auf Politikinteresse und Politikdistanz: Bildungskapital, ein gewisses Maß an Zeitwohlstand sowie ein Leben ohne große existenzielle Sorgen begünstigen das Interesse für Politik. Für junge Menschen, die sich tagtäglich am Existenziellen abarbeiten – und zwar in dem Sinne, dass sie in der konkreten Lebenssituation für sich selbst nach einem halbwegs gesicherten Platz in der Gesellschaft suchen –, hat eine Auseinandersetzung mit grundsatzpolitischen Fragen hingegen meist keine große Relevanz. Im Klartext heißt das: Politikinteresse muss man sich leisten können.

Grafik 1: Politikinteresse nach Geschlecht, Alter und Schichtzugehörigkeit

An Politik stark interessiert/interessiert – Top-2-Boxes auf Skala 1 bis 4



Quelle: 16. Shell Jugendstudie (2010), rep. für 12- bis 25-Jährige in Deutschland, n=2.604, Ang. in Prozent

Interessantes Detail in diesem Zusammenhang: Die Shell Jugendstudie 2010 spricht von einem insgesamt leichten Anstieg des Politikinteresses bei 12- bis 25-Jährigen in

den Jahren 2002 bis 2010. Dieser geht allerdings einseitig auf das Konto Jugendlicher aus mittleren und gehobenen Sozialschichten. In der unteren Mittelschicht und der Unterschicht stagniert das Politikinteresse hingegen bzw. ist sogar rückläufig. (vgl. Schneekloth 2010: 132). Das in der Jugendforschung seit Jahren beobachtbare „Political Divide“ droht sich demnach gegenwärtig noch zu verschärfen.

„Ich bin in keiner politischen Gruppe, ich bin derzeit noch neutral“, sagt der 14-jährige Nicholas, der sich selbst als politisch desinteressiert bezeichnet, mit einem Augenzwinkern. (männlich, 14 Jahre, Hauptschule) Zu hoffen, dass er sich, wenn er erst älter ist und den viel zitierten Ernst des Lebens erkannt hat, mit der offiziellen Politik arrangieren und in den politischen Institutionen unserer Demokratie wiederfinden wird, scheint wenig realistisch. Vor allem Jugendliche, die sich gesellschaftlich eher auf der VerliererInnenseite sehen, reagieren mit offen artikulierter Politikdistanz. Den AkteurInnen der Institutionenpolitik begegnen sie großteils mit Misstrauen. Aus den Debatten der politischen Themen unserer Zeit haben sie sich weitgehend ausgeklinkt. Das Kuriose: Dennoch gehen viele ab-16-Jährige aus dieser Gruppe wählen – nicht aus einer politischen Motivation und auch nicht auf Grundlage reflektierter politischer Meinungsbildungsprozesse, sondern weil die Eltern wählen oder weil „es“ einfach irgendwie dazu gehört.

Deklarierte Politik(erInnen)verdrossenheit in wenig privilegierten Milieus

Interessiert ihr euch für Politik?

Rebecca, 17 Jahre, Drop-Out, in AMS-Schulung: „Nicht wirklich.“

Warum nicht wirklich?

Rebecca: „Weil's mich nicht wirklich interessiert. Ich gehe zwar wählen, aber es geht mir am Arsch vorbei.“

Anja, 17 Jahre, Lehrling: „Interessiert mich nicht wirklich, weil sie machen eh, was sie wollen. Oder sie sagen, sie machen was, und machen's eh nicht.“

Ganz allgemein gilt: Trotz Politiker(erInnen)verdrossenheit nehmen Jugendliche es mit der StaatsbürgerInnenpflicht, an Wahlen teilzunehmen, großteils ernst. Im ErstwählerInnensegment ist neben Mitbestimmung die StaatsbürgerInnenpflicht bei den jungen WählerInnen sogar das am häufigsten genannte Wahlmotiv. (Institut für Jugendkulturforschung 2008) Die Mehrheit der jungen WählerInnen gibt übrigens eine gültige Stimme ab; das heißt, sie entscheidet sich für einen Kandidaten bzw. eine Kandidatin bzw. die von ihm oder ihr repräsentierte Partei. Quergeistig weiß zu wählen, um das zur Wahl stehende politische Angebot grundsätzlich in Frage zu stellen, ist bei jungen WählerInnen heute Minderheitenprogramm. (vgl. Institut für Jugend-

kulturforschung 2008, Institut für Jugendkulturforschung 2010b) Einmal mehr zeigt sich hier, dass der junge politische Zeitgeist wenig widerständig, sondern eher angepasst ist. Kritik wird nicht in politische Forderungen oder gar in Protest umgemünzt, sondern vielmehr in einem wenig lustvollen, passiven Mitmachen neutralisiert. Sei's drum, die Parteien dürfte der Trend zur gültigen Stimme allemal freuen.

2 Informationsverhalten

Auch in Sachen politischer Information ist die Situation verzwickter, als man zunächst vermuten würde: Zum einen informiert sich nicht jeder, der sich als „an Politik interessiert“ beschreibt, selbst auch aktiv über Politik. Zum anderen ist nicht jeder, der sich als politikdistanziert deklariert, völlig uninformiert, wenn es um aktuelle politische Ereignisse geht.

Wir leben in einer Mediengesellschaft. Und in der Mediengesellschaft sind wir alle tagtäglich mit einer Vielzahl an Informationen konfrontiert, nach denen wir nicht aktiv Ausschau halten, zumal wir uns nicht für alles, was in den Medien thematisiert wird, interessieren wollen und können. Bei Jugendlichen ist dies nicht anders als bei Erwachsenen. Jugendliche überfliegen bzw. scannen die Information, wenn zwischen den zwei Lieblings-TV-Serien ein kurzer News-Block kommt oder man sich morgens den Weg zur Schule oder Arbeit mit dem Durchblättern einer Gratis-(Boulevard-)Zeitung vertreibt. So eigenartig dies auch klingen mag: Politische Information wirkt hier als Ambientmedium – diffus läuft sie im Hintergrund mit. Viele interessieren sich zwar vielleicht nicht sonderlich für die aktuellen politischen Ereignisse, schnappen aber dennoch – quasi nebenbei – so manches aus der tagesaktuellen Berichterstattung auf und sind über die politischen Ereignisse zumindest in groben Zügen auf dem Laufenden.

Folgt man den Ergebnissen der Shell Jugendstudie 2010, informieren sich zwei Drittel der Jugendlichen nicht aktiv über Politik. (Schneekloth 2010: 132) Wie die Grundlagenforschung des Instituts für Jugendkulturforschung zeigt, gibt es aber durchaus Themen und Anlässe, bei denen breitere Mehrheiten zumindest kurzzeitig mit Politik erreicht werden können. Stehen Wahlen vor der Tür, lässt sich beispielsweise ein gesteigertes Politikinteresse bei den (wahlberechtigten) Jugendlichen beobachten. Und Jugendliche informieren sich natürlich nicht nur vor der Wahl über KandidatInnen und deren Angebote/Programme, sie interessieren sich auch für den Wahlausgang. Die Studie „Jugend in Wien. ErstwählerInnen-Nachwahlbefragung zur Wien-Wahl 2010“ (Institut für Jugendkulturforschung 2010b) macht deutlich, dass die breite Mehrheit der Jugendlichen die Berichterstattung über den Wahlausgang im Fernsehen mitverfolgt:

81% haben dieser Untersuchung zufolge (unabhängig davon, ob sie zur Wahl gegangen sind oder nicht) aus dem Fernsehen Informationen zum Wahlausgang bezogen. Interessant zu beobachten ist, dass sich die ErstwählerInnen dabei nicht in erster Linie auf ausführliche Wahlberichterstattung, beispielsweise in ORF2, fokussieren. Mehrheitlich haben die jungen WienerInnen ihre Information zum Ausgang der Wien-Wahl 2010 entweder ausschließlich aus Kurznachrichtensendungen auf ORF eins oder in Kombination von ORF eins mit Informationsangeboten anderer Sender bezogen. (vgl. Tabelle 1)

Tabelle 1: 16- bis 19-jährige Jugendliche als Zielgruppe von Wahlberichterstattung im TV

Frage: Auf welchen Sendern hast du die Wahlberichterstattung zur Wien-Wahl 2010 verfolgt?
Basis: Jugendliche, die die Berichterstattung über den Wahlausgang mitverfolgt haben

	16 bis 19 gesamt	männlich	weiblich	Schule, Studium	Lehre, Beruf	ohne Migrations- hintergrund	mit Migrations- hintergrund
ORF 1 (ORF eins)	72,6	72,4	72,8	69,6	79,0	72,9	73,7
ORF 2	29,5	29,2	29,8	37,9	15,4	32,4	21,9
ATV	22,2	20,4	24,0	18,0	28,6	24,2	18,5
Puls4	14,6	13,9	15,4	18,5	9,6	12,8	18,1
Sonstige (YouTube, Bluestar)	0,6	1,3	0,0	1,1	0,0	0,0	1,9
Basis	324	160	164	193	120	197	111

Quelle: Institut für Jugendkulturforschung (2010): Wiener Jugend und Politik, rep. für 16- bis 19-jährige WienerInnen, n=400, Ang. in %

Rund sechs von zehn Jugendlichen (58,3%), die sich im Fernsehen über den Wahlausgang informierten, setzten bei der Nutzung von Berichterstattung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen ausschließlich auf ORF eins und nutzten in der für Info-Scanner typischen Art und Weise die dort ausgestrahlten Kurznachrichtensendungen als Überblicksinformation. Nur 15,2% derer, die sich in den öffentlich-rechtlichen Programmen über den Ausgang der Wien-Wahl informierten, nutzten im ORF-Fernsehen ausschließlich Informationsangebote auf ORF2, 14,3% informierten sich in einem Mix aus ORF eins und ORF2.³ Dieser hohe Stellenwert von ORF eins als jungem Infokanal bei aktuellen politischen Themen zeigt, wodurch sich die politische Informationskultur des/der Durchschnittsjugendlichen auszeichnet: nicht durch ausführliche Berichterstattung, vielmehr ist der kompakte Überblick hier Programm.

Fragt man, wie im Rahmen der Exploration „Was erwarten sich 14- bis 19-Jährige von Politik?“ (Institut für Jugendkulturforschung 2010a), danach, wieviel Zeit Jugendliche pro

³ Differenz auf 100%: Jugendliche, die TV-Information zum Ausgang der Wien-Wahl 2010 nicht aus dem ORF-Fernsehen, sondern ausschließlich aus dem Privat-Fernsehen bezogen.

Woche für die Beschäftigung mit Politik aufwenden, bekennen sich sogar jene, die sich selbst als eher politikinteressiert bezeichnen, zum Prinzip „Politik in kleinen Dosen“. Die Beschäftigung mit Politik beschränkt sich vielfach auf maximal fünf bis zehn Minuten täglich. Den Jugendlichen geht es dabei vor allem um eine grobe Orientierung, nicht um intensive kritische Auseinandersetzung, wie sie gemeinhin mit dem Idealbild aktiver BürgerInnenschaft assoziiert wird.

Zeit, die Jugendliche für Beschäftigung mit Politik aufwenden

Johannes, 17, BHS: „Ich beschäftige mich eigentlich schon mit Politik: also ich lese mir die Gratiszeitungen am Weg zur Schule durch – und den Politikteil überfliege ich auch. In der Woche lese ich das schon vier- bis fünfmal – meistens fünf bis zehn Minuten, würde ich sagen.“

Sarah, 16, AHS: „Also, vor den Wahlen ist es sicher interessanter: da habe ich schon jeden Tag Zeitung gelesen. Jetzt ist es so ein-, zweimal die Woche.“

Thomas, 18 Jahre, Lehrling: „Also, zuhause beschäftige ich mich damit eher nicht. So in der Früh, beim In-die-Lehre-Fahren, da schon: da lese ich *Heute* oder *Österreich*. Aber zuhause eher nicht.“

Offensichtlich funktioniert die Beschäftigung mit Politik wie auch die Nutzung politischer Information bei Jugendlichen anders, als es politisch interessierte Erwachsene gewohnt sind, und vor allem auch anders, als diese es von einer kritisch-interessierten Jugend erwarten.

3 Politische Beteiligung und soziales Engagement

71% der deutschen Jugendlichen meinen, sich in Politik einzumischen, sei heute „out“. (Schneekloth 2010: 142) Alles in allem wirkt die Jugend politisch eher visionslos. Große Gesellschaftsutopien sucht man vergebens. Eher kurzfristige Ziele und changierende Perspektiven markieren heute die Suche der Jugendlichen nach ihrem Platz in der Welt.

Wenn es darum geht, fünf Jahre in die Zukunft zu blicken, fällt es vielen schwer zu sagen, was man bis dahin erreicht haben will. Abhängig vom Bildungsmilieu probieren sich Jugendliche an den Optionen aus. Lehrlinge haben die Präferenz, möglichst früh einen von Kontinuität geprägten Lebensstandard zu erreichen – mit festem Job, eigener Wohnung und fixer Beziehung. Sobald das geschafft ist, sagen sie: Ich wünsche mir, „dass alles so bleibt, wie es jetzt ist: keine Veränderung.“ (weiblich, 17 Jahre, Lehrling) SchülerInnen tendieren hingegen eher dazu, möglichst lange auf der postadoleszenten Welle zu surfen, Freiheiten zu genießen; konkret heißt das: Studium, Reisen, sein eigenes Leben leben, Dinge des Alltags lockerer nehmen als Mama und Papa, immer

wieder mal für etwas Neues offen und alles in allem „noch nicht so verschlossen sein wie der durchschnittliche Erwachsene“. (weiblich, 16 Jahre, AHS)

Worin sich Lehrlinge und SchülerInnen höher bildender Schulen einig scheinen, ist, dass eine langfristig angelegte Lebensplanung in Zeiten wie heute, wo nahezu alles einem dynamischen Wandel unterliegt und sich junge wie auch ältere Menschen den sich ständig verändernden Ausgangslagen immer wieder von Neuem flexibel anpassen müssen, wenig Sinn ergibt.

Zukunft wird von Jugendlichen als nicht planbar erlebt

Thomas, 17 Jahre, Lehrling: „Man weiß nie, was in fünf Jahren ist. Man kann sich Ziele setzen, aber es kann sich alles ändern – und dann?“

Anstatt zu viele Gedanken an eine unsichere, weil nicht planbare Zukunft zu verschwenden, konzentrieren sich Jugendliche lieber auf das Hier und Jetzt. Auch wenn es um Politik geht, punkten vor allem jene Themen, die bei konkreten Fragen der aktuellen Lebenssituation anschließen: die einen interessiert, welche Chancen sie persönlich haben, eine (für sie) attraktive Lehrstelle zu finden, die anderen beschäftigt das Parkpickerl, das so manchem Führerscheinneuling als Zumutung und so mancher RadfahrerIn als wichtiger Beitrag zu urbaner Lebensqualität erscheint, und für dritte sind die Studiengebühren, der Ausländeranteil im Gemeindebau oder was auch immer momentan gerade besonders wichtig.

Die Auseinandersetzung mit Politik wird bei der breiten Mehrheit von Nützlichkeitsabwägungen wie auch von einem grundsätzlichen Interesse an politischen Wirkfaktoren bestimmt: Was bringen mir politische Maßnahmen und was bedeuten politische Entscheidungen für meinen persönlichen Alltag? – das ist es, was Jugendliche wirklich beschäftigt. Mitreden und Mitgestalten ist für viele hingegen kein allzu großes Thema.

Persönliche Nutzenaspekte statt politischem Gestaltungswillen prägen den Zugang zu Politik

Philipp, 19 Jahre, Student: „Mich interessieren die Entscheidungen. Also, welche Auswirkungen die auf mein Leben haben. Es ist wichtig zu schauen, was bringt mir das. Ich find' es schon wichtig, sich dafür zu interessieren, weil es beeinflusst ja das eigene Leben.“

Im Rahmen der Shell Jugendstudie 2010 wurden Jugendliche gefragt, welche Beteiligungsformen für sie bei politischen Themen, die ihnen persönlich wichtig sind (und bei denen sie ihre Meinung kundtun oder auf Politik Einfluss nehmen wollen),

grundsätzlich in Frage kommen würden. Weiters wurde gefragt, wer von jenen, die sich in den einzelnen Beteiligungsformen persönliches Engagement grundsätzlich vorstellen können, in den genannten Bereichen tatsächlich auch schon mal selbst aktiv wurde. Die Ergebnisse sind ernüchternd. Die Daten zeigen, dass zwischen „sich grundsätzlich vorstellen können, etwas zu tun“ und es dann „tatsächlich tun“ Welten liegen. Zudem wird deutlich, dass jene Beteiligungsformen, die engagementintensiv und sehr verbindlich wirken, wie Mitarbeit in Parteien, politischen Gruppen oder auch Bürgerinitiativen, für breite Mehrheiten nicht einmal als Option in Frage kommen, geschweige denn, dass hier konkrete Aktivitäten gesetzt würden.

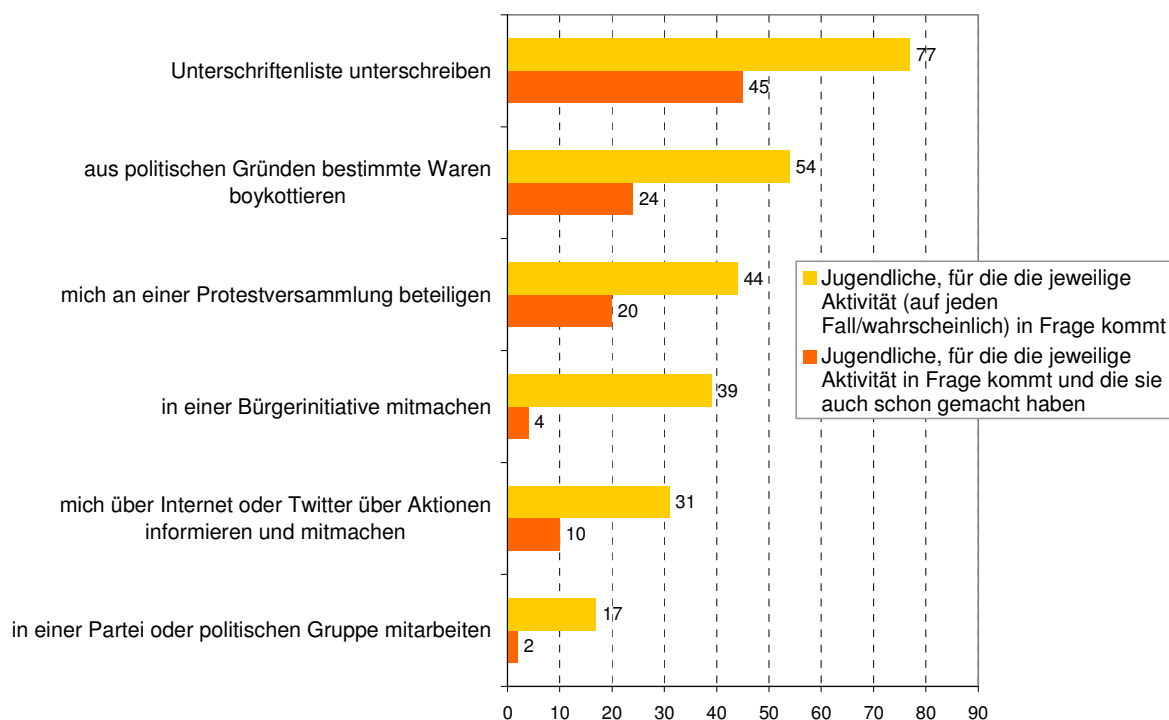
Wenn Beteiligung, dann bitte als unverbindliches Statement – so scheint der Grundtenor zu lauten. Rund drei Viertel der Jugendlichen (77%) können sich gut vorstellen, eine Unterschriftenliste zu unterschreiben, knapp die Hälfte (45%) hat das bei einem persönlich wichtigen politischen Anliegen auch schon einmal gemacht. Rund jede/r Zweite (54%) zieht in Betracht, auch einmal aus politischen Gründen bestimmte Waren zu boykottieren, aber lediglich jede/r Vierte (24%) hat den Trumpf des politisch korrekten Konsumenten tatsächlich schon einmal ausgespielt und sich in politisch motiviertem Konsumboykott geübt.

Protestversammlungen sind, wie die Daten der Shell Jugendstudie 2010 zeigen, selbst als Option für die Mehrheit kein Thema: 44% der Jugendlichen können sich grundsätzlich vorstellen, sich an einer Protestversammlung zu beteiligen, doch nur 20% haben das auch schon einmal gemacht.

Mitmachen bei Bürgerinitiativen kommt theoretisch für immerhin 39% der Befragten als Form der politischen Beteiligung in Betracht, praktisch spielen Bürgerinitiativen im Alltag der Jugendlichen allerdings keine Rolle: Nur 4% der Befragten haben tatsächlich schon einmal in einer Bürgerinitiative mitgemacht. Noch drastischer die Situation bei politischen Gruppen sowie Parteien: Hier mitzumachen ist nur mehr für 17% der Jugendlichen theoretisch denkbar und gar nur für 2% praktisch relevant.

Auch der in der Partizipationsdebatte viel zitierte politische Online-Aktivismus ist für die breite Mehrheit der Jugendlichen kein Thema: Nur rund jede/r Dritte (31%) kann sich grundsätzlich vorstellen, sich im Internet bzw. auf Twitter über politische Aktionen zu informieren und mitzumachen, lediglich jede/r Zehnte hat dies auch selbst schon einmal getan.

Grafik 2: Politische Aktivitäten – Beteiligungsformen, die für Jugendliche prinzipiell in Frage kommen, und tatsächliche Beteiligung im Vergleich



Quelle: 16. Shell Jugendstudie (2010), rep. für 12- bis 25-Jährige in Deutschland, n=2.604, Ang. in Prozent

Es gibt derzeit demnach wenig Anlass für einen hoffnungsfrohen Blick auf eine über Online-Strategien vermittelte Förderung des politischen Interesses und der Beteiligungsbereitschaft bei Jugendlichen. Tatsache ist, dass mit politischer Information bzw. politischen Kommunikationsangeboten im Netz vorzugsweise die jungen Bildungseliten erreicht werden. Das Internet ermöglicht aktiven Gruppen wie auch aktiven Individuen schnellen, unkomplizierten Zugang zu top-aktueller politischer Information, es verfestigt entlang politischer Themen allerdings auch das Phänomen eines „Digital Divide“.

Noch deutlicher zeigt sich die Kluft zwischen politischer Wissenselite und breitem Mainstream, wenn es um ein über Online-Kommunikation vermitteltes Organisieren zivilgesellschaftlicher Handlungsnetze geht: Während das Internet hier für die einen ein großartiges Tool ist, nutzt die breite Mehrheit der anderen das Internet nämlich als weitgehend politikfreien Raum. Letztere wollen sich nicht politisch organisieren – weder online, noch offline – und finden kaum Gefallen daran, gesellschaftlich mitzugestalten. Ihre Begründung kleiden sie dabei in das Gewand einer Frage: „Wofür haben wir denn dann die PolitikerInnen?“

Und wie sieht es mit sozialem Engagement aus? Laut Shell Studie 2010 engagieren sich Jugendliche am ehesten für eigene, jugendspezifische Anliegen: 15% der deutschen 12- bis 25-Jährigen setzen sich oft, weitere 33% gelegentlich für sinnvolle Freizeitgestaltung Jugendlicher ein, 13% engagieren sich eigenen Angaben zufolge oft und weitere 38% gelegentlich für die Interessen Jugendlicher. Und auch Engagement für hilfebedürftige ältere Menschen ist ein Thema, das immerhin noch rund jede/n Zweite/n zumindest gelegentlich aktiviert. (vgl. Schneekloth 2010: 153) Umwelt- und Tierschutz, Engagement für ein besseres Zusammenleben mit MigrantInnen oder auch ganz allgemein Engagement für ein besseres Zusammenleben am Wohnort lässt die Mehrheit hingegen bereits unberührt. (vgl. Tabelle 2)

Tabelle 2: Soziales und gesellschaftliches Engagement in der Freizeit

Frage: Bist du in deiner Freizeit für soziale oder gesellschaftliche Zwecke oder ganz einfach für andere Menschen aktiv?

Ich bin aktiv für ...	oft	gelegentlich	nie
eine sinnvolle Freizeitgestaltung von Jugendlichen	15	33	52
die Interessen Jugendlicher	13	38	49
hilfebedürftige ältere Menschen	10	37	53
den Umwelt- oder Tierschutz	8	28	64
ein besseres Zusammenleben mit Migranten	8	25	67
ein besseres Zusammenleben am Wohnort	6	22	72
Sicherheit und Ordnung am Wohnort	6	20	74
behinderte Menschen	5	18	77
sozial schwache Menschen	7	32	61
Menschen in den armen Ländern	6	27	67
die Pflege der deutschen Kultur und Tradition	6	17	77
soziale und politische Veränderungen	3	17	80
Sonstiges	7	5	88

Quelle: 16. Shell Jugendstudie (2010), rep. für 12- bis 25-Jährige in Deutschland, n=2.604, Ang. in Prozent

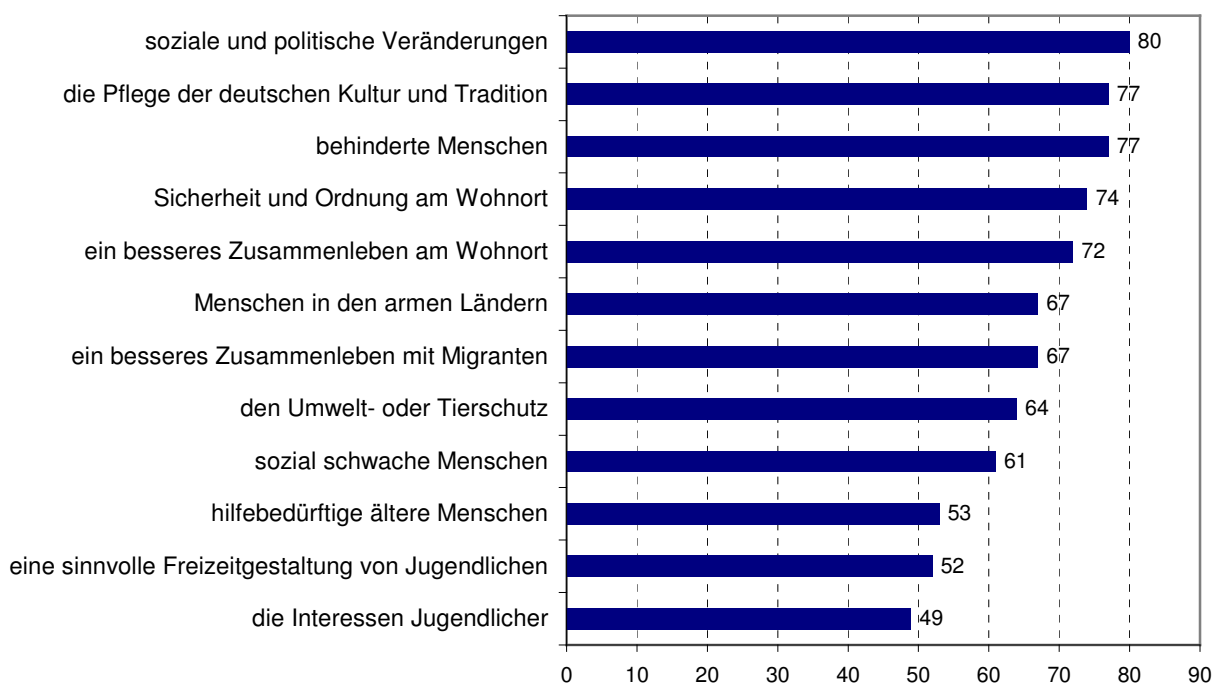
Die Engagementbereitschaft Jugendlicher an der Selbsteinschätzung zu bemessen, ist freilich nicht unproblematisch. Was hier „oft“ und was „gelegentlich“ bedeutet, ist letztlich nämlich relativ. Vor allem jene, die wissen, dass ein (stärkeres) gesellschaftliches Engagement sozial erwünscht wäre, tendieren zu einem diplomatischen „Gelegentlich“ im Sinne von „nicht absolut nie“. Mehr über das Engagementpotential in den verschiedenen Themenfeldern und Handlungsbereichen erfährt man zweifelsohne, wenn man die „Mache-ich-nie“-Nennungen ins Blickfeld nimmt, denn hier ist die Antwort unmissverständlich: nie heißt nie.

Orientiert man sich an den vom Shell-Studie-Team erhobenen Nie-Nennungen, zeigt sich, dass die Engagementabstinenz in verschiedenen Themenfeldern unterschiedlich stark ausgeprägt ist. Einmal mehr wird dabei die Distanz Jugendlicher gegenüber

politischen und gesellschaftlichen Gestaltungsansprüchen deutlich. Am unpopulärsten ist den Daten zufolge nämlich Engagement für soziale und politische Veränderungen: 80% der Jugendlichen sind eigenen Angaben zu Folge hier „nie“ aktiv, gefolgt von Pflege der deutschen Kultur und Tradition sowie Engagement für behinderte Menschen mit einem Anteil von jeweils 77% Engagement-Abstinenten. (vgl. Grafik 3)

Grafik 3: Engagement-Abstinenz nach Thema bzw. gesellschaftlichem Handlungsfeld

Jugendliche, die in ihrer Freizeit „nie“ aktiv sind für ...



Quelle: 16. Shell Jugendstudie (2010), rep. für 12- bis 25-Jährige in Deutschland, n=2.604, Ang. in Prozent

4 Online-Politisierung – ein frommer Wunsch?

Dass sich Jugendliche in den traditionellen Strukturen nicht allzu gerne für politische Anliegen engagieren, hat sich bereits herumgesprochen. Und so hält man neuerdings verstärkt Ausschau nach jugendgerechteren Formen der Beteiligung. Dabei kommen auch neue Formen der politischen Kommunikation, die an jugendkulturelle Kommunikationsstile und Nutzungsgewohnheiten anschließen, in Diskussion. Online Social Communities währte man in diesem Zusammenhang so etwa noch unlängst als neues Zauberwort für jugendgerechte Politikkommunikation. Tatsächlich haben sich Facebook und Co. entgegen den ursprünglichen Erwartungen als jugendorientiertes Politik-Marketing-Tool allerdings nicht wirklich durchgesetzt.

Lediglich 5% der 12- bis 19-jährigen Online-Social-Community-User geben, wie die deutsche Jugendmedienstudie „JIM 2010“ zeigt, an, in ihrer Social Community bereits einmal von einer Partei oder politischen Gruppe angesprochen worden zu sein. (Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest 2010: 51f) Zumindest aus Sicht der jungen Social-Community-User sind Facebook und Co. weitgehend politik(erInnen)freie Zonen geblieben. Und für viele gilt offenbar: Das ist auch gut so. Über Facebook mit PolitikerInnen in Kontakt zu treten, scheint ihnen keine attraktive Option.

Im Rahmen der Exploration „Was erwarten sich 14- bis 19-Jährige von Politik?“ (Institut für Jugendkulturforschung 2010a) wurden 24 qualitative Interviews mit 14- bis 19-Jährigen aus ganz Österreich durchgeführt (12 Interviews mit Jugendlichen aus höher bildenden Schulen sowie 12 Interviews mit PflichtschulbesucherInnen/-absolventInnen, SchülerInnen berufsbildender mittlerer Schulen sowie Lehrlingen).⁴ Die Ergebnisse zeigen ein erstaunlich homogenes Meinungsklima bei den Jugendlichen: Nach Ansicht der „Generation Facebook“ kommunizieren PolitikerInnen auf Facebook an der Zielgruppe „Jugendliche“ vorbei.

Was aus Sicht der Jugendlichen gegen PolitikerInnen auf Facebook spricht, ist, dass ein Facebook-Auftritt von PolitikerInnen den Beigeschmack einer Anbiederung an junge WählerInnen hat. Die StudienteilnehmerInnen sehen darin einen „billigen Werbegag“, eine reine Werbemaßnahme und „Propaganda“. Während sich die einen gegen derartige Vereinnahmungsversuche von Social Communities für Zwecke des Politikmarketings verwehren, reagieren andere mit demonstrativer Gleichgültigkeit und sagen: Mir ist es eigentlich egal, ob PolitikerInnen auf Facebook sind oder nicht – ich selbst muss mich ja nicht damit konfrontieren. Gemeinsam ist ihnen dabei allerdings die grundlegende Kritik, die lautet: Leute in der Politik glauben doch glatt, sie müssen nur ein Facebook-Profil anlegen und das reicht schon, um für uns attraktiv zu sein.

Die viel zitierte Möglichkeit zum Dialog mit PolitikerInnen sehen die Jugendlichen nicht. Die Profile würden von „Helferlein“ betreut, so argumentieren sie, und sie würden nach PR- und marketingstrategischen Erwägungen betrieben. Insofern bedeuten PolitikerInnen auf Facebook für Jugendliche lediglich simulierten oder, um es in der Sprache der Jugend zu sagen, „gefakten“ Dialog.

⁴ In der Zusammensetzung der qualitativen Stichprobe wurde darauf geachtet, dass einerseits sowohl (eher) politikinteressierte, als auch (eher) politikdistanzierte Jugendliche vertreten waren; zudem waren sowohl Jugendliche, die Social Communities als politikfreie Zone nutzen, als auch Jugendliche, die Mitglied in einer politischen Facebook-Gruppe sind oder mit einem „Gefällt-mir“-Posting für eine Facebook-Seite mit politischen Inhalten zumindest Sympathie bekunden, vertreten.

PolitikerInnen auf Facebook, nein danke – Position 1: Ich bin dagegen

Samar, 18 Jahre, BHS: „Ich finde, dass Politiker überhaupt nicht zu Facebook passen. Auch bin ich mir sicher, dass sowieso Helferlein online wären und nicht die Politiker selbst. Ich finde, sie sollen eher mal schauen, dass sie die Politik im Lande z’sam bringen, anstatt auf Facebook zu sein. (...) Würd’ mich null angesprochen fühlen, vor allem auch deswegen, weil man eh schon von vornherein weiß, dass es ein billiger Werbegag werden soll.“

Karim, 18 Jahre, Lehre: „Ich find’ das hat nicht viel Sinn, wenn Politiker Facebook haben. Wahrscheinlich schreiben sie nicht einmal selber, sondern irgendwelche anderen Leute: genau dasselbe wie bei den Stars, also unnötig.“

Manuel, 15 Jahre, BMS: „Also ich halte es eher für lächerlich, wenn ein Politiker in Facebook oder ähnliches ist (...). Ich habe auch Besseres zu tun, als mir Profile von irgendwelchen Politikern anzusehen.“

Jennifer, 17 Jahre, Lehre: „Ich persönlich würde mich nicht angesprochen fühlen. Im Gegenteil, mich würde es nerven, weil sie Facebook nur nutzen, um weiter ihre Werbung und Versprechungen zu verbreiten.“

Emanuel, 16 Jahre, BMS: „Durch Plattformen wie Facebook machen sie sich nur unbeliebter und zeigen, dass sie Zustimmung brauchen.“

PolitikerInnen auf Facebook, nein danke – Position 2: Ich ignoriere sie einfach

Franziska, 15 Jahre, BHS: „Mich stört das nicht, dass Politiker Facebook haben, ich muss ja nicht mit ihnen kommunizieren.“

Hasima, 17 Jahre, BHS: „Mir ist das eigentlich ziemlich egal, ich besuche selten Profile von Politikern.“

Nur zwei der 24 Jugendlichen, die im Rahmen der qualitativen Online-Interviews zum Thema „PolitikerInnen auf Facebook“ befragt wurden, können der Idee, dass AkteurInnen der Institutionenpolitik im Web 2.0 Kontakt mit Jugendlichen suchen, grundsätzlich etwas abgewinnen – freilich unter der Voraussetzung, dass PolitikerInnen ihre Facebook-Performance optimieren. Für sie gilt: Egal ob man Facebook als Marketingtool oder als Dialogmedium versteht, das Konzept „PolitikerInnen auf Facebook“ scheitert derzeit an der Umsetzung.

Auch aktive Mitgliedschaft in politischen Facebook-Gruppen scheint bei den „Digital Natives“ ein weitaus weniger großes Thema zu sein, als die öffentliche Debatte rund um „Jugend und politische Beteiligung“ dies Glauben macht. Während Facebook im Alltag der heutigen Jugend fest verankert ist, gilt dies für Politik nicht. Und eben deshalb sind politische Aktivitäten auf Facebook im Mainstream der jungen Facebook-User oftmals auch nicht wirklich relevant. Um es mit den Worten einer Studienteilnehmerin zu sagen: „Natürlich gibt’s politische Gruppen und ich hab’ auch schon viele gesehen. Aber ich bin

in keiner Mitglied, weil ich aus Prinzip nur in wichtigen Gruppen beitrete.“ (Franziska, 15 Jahre, BHS)

Sieht man davon einmal ab, stellt sich die Frage, wie „politisch“ die so genannten „politischen Facebook-Seiten“ überhaupt sind. Nehmen wir beispielsweise die Seite „Kann dieser seelenlose Ziegelstein mehr Freunde haben als HC Strache?“, die mit rund 180.000 „Gefällt-mir-Postings“ (Stand: Ende Jänner 2011) zweifelsohne zu den populären politischen Facebook-Auftritten zählt und in der qualitativen Exploration auch gleich von mehreren Jugendlichen (aus dem bildungsnahen Milieu) als Beispiel für Politik auf Facebook genannt wurde. Viktoria ist 16 und ein Fan dieser Seite: „Ich bin damals beigetreten, weil ich die Seite ganz lustig fand“, erzählt sie. „Und im Endeffekt hatte sie ja dann auch um ein Vielfaches mehr Freunde als Strache. Ist gut, wenn man sieht, dass Österreich nicht so rechts ist, wie ja vielfach das Vorurteil ist.“ (weiblich, 16 Jahre, AHS)

Für Viktoria bedeutet ihr „Engagement“ für den „seelenlosen Ziegelstein“ vor allem Spaß am Mitmachen bei einer Sache, auf die sie im Zuge des Medienhypes rund um die Seite aufmerksam wurde und die abgesehen davon in ihrem Peersfeld auch als sozial akzeptiert gilt. Eher nebenbei erwähnt sie das Statement gegen rechts, wobei es ihr bei diesem Statement nicht nur um eine Abgrenzung gegen eine rechte Weltanschauung, sondern vielmehr auch um die Abgrenzung gegenüber der nach Wahlen meist hitzig geführten Debatte rund um die Frage: „Wie rechts ist Österreich bzw. wie rechts ist die österreichische Jugend?“ geht.

Emanuel, 15 Jahre alt, Fußballfan und deklariertes Befürworter bengalischer Feuer (da sie im Fußballstadion für die richtige Stimmung sorgen), „tickt“ ähnlich. Seine Mitgliedschaft in der offenen Facebook-Gruppe „Pyrotechnik ist kein Verbrechen“ sieht er als ein Statement gegen die amtierende Innenministerin; dies sei ihm wichtig, sagt er, „da unsere geliebte Frau Fekter ja dieses sinnlose Pyrotechnikgesetz eingeführt hat.“ (männlich, 15 Jahre, BMS)

Viktoria und Emanuel erinnern an Helene Hegemann, die 1992 geborene und mit ihrem 2010 erstveröffentlichten Roman „Axolotl Roadkill“ über Nacht bekannt gewordene deutsche Jungautorin, die die „Attitude“ ihrer Generation in einem Interview mit dem Popkultur-Magazin Spex kürzlich mit folgenden Worten auf den Punkt brachte: „Mich interessiert nicht irgendeine große Wahrheit, weil der Glaube an deren Existenz sowieso die größte Lüge ist, die es gibt. Mir geht es fast ausschließlich um Statements. Und um Unterhaltung.“ (Spex 09/10/2010, 50)

Inwieweit „Politik auf Facebook“, wie sie hier verstanden wird, Jugendliche in die Lage versetzt, sich zu politischen Ereignissen praktisch zu verhalten und ob das überhaupt Sinn und Zweck eines auf Facebook artikulierten Protestes ist, scheint als Frage berechtigt. Tatsache ist, dass die Beteiligungs- und Protestkultur, die einem mit populären politischen Facebook-Seiten wie „Kann dieser seelenlose Ziegelstein mehr Freunde haben als HC Strache?“ oder „Ich entferne Freunde die eine Freundschaft mit HC Strache haben“ sowie mit zum Zeitpunkt der Erhebung gängigen offenen Facebook-Gruppen⁵ wie eben „Pyrotechnik ist kein Verbrechen“ gegenüber tritt, eine andere Qualität hat als die politische Gegenöffentlichkeit, die man beispielsweise aus den Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre kennt. Zwar geht es auch hier um Protest – sei es in Form von Statements gegen PolitikerInnen, Parteien, bestimmte politische Gruppierungen oder auch sinnlos erachtete Gesetze; über Pro-Parteien- oder gar Pro-Positionen-Seiten stolpert der durchschnittliche Facebook-User, wie die „Digital Natives“ mit lebensweltlicher Expertise berichten, selten. Doch dieser Protest läuft hier weniger auf kantige Alternativentwürfe hinaus und es geht auch nicht um die Mobilisierung von Kräften, die politischen Gegenkonzepten zur Wirkung verhelfen könnten, sondern eher um Aufmerksammachen, Ausstellen und ein Miteinander-Teilen von Unmut.

Sobald sich Aktivitäten gänzlich oder hauptsächlich ins Netz verlagern, verändert dies die Qualität der politischen Kommunikation: „An die Stelle eines sozial kontrollierten Verständigungshandelns zwischen Anwesenden in einem öffentlichen Raum tritt (...) der zeitversetzte Informationsaustausch zwischen Einzelpersonen in der Anonymität privater Räume, ohne die läuternde und verpflichtende Gegenwart der anderen.“ (Meyer 2001: 186) Bei den im Rahmen der qualitativen Exploration des Instituts für Jugendkulturforschung genannten offenen Facebook-Gruppen und Facebook-Seiten wird der Verhandlungs- bzw. Diskurscharakter, durch den sich politische Handlungszusammenhänge in der Offlinewelt traditioneller Weise auszeichnen, zugunsten der politischen Selbstartikulation in den Hintergrund gerückt. In Form von

⁵ Bis Herbst 2010 unterschieden sich Facebook-Seiten und Facebook-Gruppen hinsichtlich ihrer Funktionen kaum. Im Herbst 2010 wurden dann Änderungen in den Funktionen von Gruppen umgesetzt, um Gruppen und Seiten voneinander funktional stärker abzuheben. Die bis zur Umstellung erstellten Gruppen blieben jedoch in der alten Form bestehen.

Funktionierten sowohl Gruppen als auch Fan-Seiten bis dahin als Tool, um breite Publika anzusprechen, zielen die neuen Gruppen ganz bewusst auf kleinere, geschlossene Communities ab. Die maßgeblichste Änderung im Zusammenhang mit der neuen Ausrichtung der Gruppen, ist eine Begrenzung der maximalen Gruppenmitgliederzahl auf 250. Auch die weiteren neuen Funktionen unterstützen diese Intention der geschlossenen Community. So kann nun mit allen Gruppenmitgliedern gleichzeitig chattet werden – früher war chatten nur mit Einzelpersonen möglich. Darüber hinaus können Dokumente von allen Gruppenmitgliedern online bearbeitet und getauscht und Benachrichtigungen über ein facebook-internes Messengerservice versendet werden.

Postings werden politische Positionen in Szene gesetzt und collageartig nebeneinander gestellt. Es scheint so, als ginge es hier um ein „Aufführen“ von politischen Meinungen: um ein sich Mitteilen statt (andere) Mobilisieren. Dass die Formierung einer politischen Kampfföfentlichkeit hier kein großes Thema ist, zeigt sich daran, dass die im Rahmen der Studie genannten Facebook-Initiativen, die nicht auf Parteien oder politische Jugendorganisationen zurück gehen, keine Verlängerung der online getätigten Statements in die Offlinewelt anstreben. Ankündigungen von Veranstaltungen sucht man vergebens. Was auffällt, ist, dass eine kleine Zahl an Leuten mit Postings neue Themen anreißt, und eine ebenso überschaubare Gruppe diese Postings kommentiert. Einem aktiven Kern steht die Mehrheit der User, die sich in einer zum Zeitpunkt der Erhebung noch gängigen offenen Facebook-Gruppe als „Mitglied“ registrierten bzw. auf einer Facebookseite ein „Gefällt mir“ posteten, wie ein stummes Publikum gegenüber.

Was bedeutet dies und was kann man daraus über die heutige Jugend lernen? Die Antwort ist einfach: Politische Facebook-Seiten oder auch die zum Zeitpunkt der Erhebung gängigen offenen Facebook-Gruppen taugen (selbst wenn das eine oder andere Angebot gemessen an der Zahl der „Gefällt-mir-Postings“ oder registrierten Mitgliedschaften über die kleine Elite der politischen Internetaktivisten hinauswirkt) nicht als Gradmesser für politische Engagementbereitschaft Jugendlicher – dafür ist ihr Unverbindlichkeitsgrad zu hoch bzw. der sich in Handlungskonsequenzen ausdrückende politische Ernst zu gering. Nichtsdestotrotz fungieren die im Rahmen der qualitativen Exploration von den Jugendlichen genannten Beispiele für politische Seiten bzw. offene politische Gruppen als Spiegel dessen, was in der jugendlichen Gesellschaft Gleichaltriger gärt.

Wie Repräsentativstudien des Instituts für Jugendkulturforschung (2008, 2010b) zeigen, ist die Zuwanderungs-/Migrations- und Asylthematik neben Bildung und Arbeitsmarktchancen im ErstwählerInnensegment eines der wichtigsten politischen Themen, wobei Pro- und Contra-Positionen hier erstaunlich klar entlang bildungsmilieuspezifischer Grenzen auseinander laufen. Auch, was die im Rahmen der qualitativen Exploration von den Jugendlichen genannten „politischen Aktivitäten“ auf Facebook betrifft, steht das „Ausländerthema“ bzw. „Leben in der Migrationsgesellschaft“ ganz klar im Vordergrund. Einmal mehr zeichnet sich hier eine entlang von bildungsmilieuspezifischen Grenzen verlaufende Kluft zwischen MigrationsbefürworterInnen und MigrationskritikerInnen ab. Migrationskritik und ein sich in Pro-Österreich-Gruppen ausdrückender „österreichischer Nationalstolz“ ist bei StudienteilnehmerInnen mit niedriger und mittlerer formaler Bildung Thema; die Titel, unter denen exemplarisch genannte Facebook-Gruppen laufen, wie „Ich hasse Menschen, die über Österreich schimpfen, aber trotzdem hier wohnen“ (offene

Facebook-Gruppe), „Stolz Ein Ö S T E R R E I C H E R zu SEIN ! ! ! !“ (offene Facebook-Gruppe), „100.000 Mitglieder: Volksbegehren für Minarettverbot in Österreich“ (offene Facebook-Gruppe) oder „Österreich soll Österreich bleiben!!! Geschlossene Grenzen!!!“ (geschlossene Facebook-Gruppe) machen dies eindrucksvoll deutlich. Im bildungsnahen Segment der AHS- und BHS-SchülerInnen sowie MaturantInnen wurden in den qualitativen Online-Interviews hingegen ausschließlich antirassistische und FPÖ-kritische Seiten und Gruppen wie „Kann dieser seelenlose Ziegelstein mehr Freunde haben als HC Strache?“ (Facebook-Seite), „Ich entferne Freunde, die eine Freundschaft mit HC Strache haben“ (Facebook-Seite), „DiscoTanz statt Rosenkranz“ (Facebook-Seite) oder „Wir fordern den Rücktritt der FPK/ÖVP Landesregierung. NEUWAHLEN“ (offene Facebook-Gruppe) genannt.

5 Politikdistanz und Kritik an der politischen Klasse

Fragt man Jugendliche, woran sie, wenn sie das Wort „Politik“ hören, ganz spontan denken, nennen sie Namen von PolitikerInnen, mit institutioneller Politik assoziierte Begriffe wie „Koalition“, „Regierung“, aber auch „Hetzkampagnen“ und „Streit“ sowie ein Eigenschaftswort, das das Verhältnis der heutigen Jugend zur Politik treffend auf den Punkt bringt, indem es aufzeigt, wie sich Politik (und übrigens auch Politikberichterstattung in den Medien) für die Mehrheit der Jugendlichen anfühlt: nämlich „fad.“

Man muss den Tatsachen ins Auge sehen: Politik ist für viele junge Menschen eine ferne Welt – weit entrückt und vom Alltag entkoppelt. Bittet man sie, wie im Rahmen der qualitativen Exploration des Instituts für Jugendkulturforschung (2010a), zu formulieren, was sie sich von der Politik wünschen, fällt es vielen gar nicht leicht, mit etwas inhaltlich Substanziellem zu antworten. Sie listen nicht, wie man vielleicht erwarten würde, ein sachpolitisches Programm auf. Als Kinder einer utopielosen Gesellschaft sind ihnen die programmatischen Forderungen abhanden gekommen. Worauf sie sich hingegen verständigen können, ist eine sehr grundlegende Kritik an der politischen Klasse und der durch sie repräsentierten politischen Kultur.

„Unsere Demokratie, das ist eine Pragmaten-Demokratie“, so der 16-jährige Ananda. „Alle Politiker wollen für sich das Beste und klügeln halt nicht wirklich aus, was sie rausbringen an Beschlüssen und Gesetzen.“ (männlich, 16 Jahre, AHS) Jugendliche nehmen sich kein Blatt vor den Mund, wenn es darum geht, zu sagen, was sie an der Politik stört: immer diese leeren Versprechungen, der Output, den die Politik liefert, ist zu gering.

Selten riskieren PolitikerInnen einen Blick in den Alltag junger BürgerInnen, stattdessen rotiert ein selbstgefälliges und von Eigeninteressen geprägtes System unbeirrbar um sich selbst. So zumindest der Eindruck der Jugendlichen. Dass „Jugendliche parteipolitischen Aktivitäten und den darauf aufbauenden Bezügen (...) misstrauen“ (Schneekloth 2010: 142), ist offensichtlich. Interessant ist, dass ihre Kritik dabei in zwei Richtungen geht. Zum einen vermissen Jugendliche den Nutzwert bzw. den konkreten Lebensweltbezug der Politik. Zum anderen missfällt ihnen vielfach auch der Stil, in dem PolitikerInnen (heute) Politik machen. Neue PolitikerInnen braucht das Land – so daher der Grundtenor junger PolitikskeptikerInnen.

Was sich Jugendliche von der Politik wünschen: andere PolitikerInnen

Ananda, 16 Jahre, AHS: „Die Politiker sollen enthusiastischer arbeiten: die sind ur faul und selbstsüchtig. (...) Ich glaube, Politiker wissen nicht wirklich, worüber sie reden sollen. Wenn man sich die Aufzeichnungen von dem gibt, was im Parlament geredet wird: das ist kabarettreif.“

Sarah, 16 Jahre, AHS: „Die sollten mehr zuhören.“

Chiara, 15 Jahre, BHS: „Keine leeren Versprechungen.“

Rebecca, 17 Jahre, in AMS-Schulung: „Sie sollen auf's Volk hören: was die Mehrheit, also wir, das Volk, die Wähler, uns vorstellen. Dass darauf eingegangen wird, nicht jetzt nur: Der und der Politiker sagt, das und das ist wichtig.“

Philipp, 19 Jahre, Studium: „Mehr miteinander und weniger gegeneinander: die Politiker können überhaupt nicht kooperieren – das geht nicht.“

Was Jugendlichen sauer aufstößt, ist, dass sich Politik in der Mediendemokratie immer öfter auf blanke Inszenierungen reduziert. Mit anderen Worten: Es fehlt der Politik an inhaltlicher Substanz. Der Vorwurf der Jugend lautet: PolitikerInnen wie auch die Medien machen den Fehler, sich zu sehr auf Politik(erInnen)inszenierungen einzulassen und zu wenig in die Tiefe zu gehen. Diese symbolische „Placebo-Politik“ (Meyer 2001: 31), die politische Versprechen hochprofessionell medial in Szene setzt, für die eine Einlösung der Versprechen jedoch kein vorrangiges Thema ist, produziert bei den „Kindern der Mediendemokratie“ jenen Missmut, aus dem letztendlich ihre Politikskepsis resultiert.

Das soll nun aber nicht heißen, dass man auf ein In-Szene-Setzen von politischen Themen und AkteurInnen verzichten kann. Im Gegenteil. Die heutige Jugend ist in einer Inszenierungsgesellschaft sozialisiert und daher gewohnt, ihre Aufmerksamkeit auf Inszenierungskompetenz zu richten. So kritisch sie hohle Inszenierungen sieht, so sehr gilt auch, dass gerade diese Jugendgeneration ohne entsprechende stilistische und inszenatorische Zugänge kaum (mehr) zu erreichen ist. Politische Positionen und Programme werden von den Jugendlichen nicht mehr so ohne weiteres als ideelle

Leitmodelle erkannt und als Identifikationsressource genutzt. Für sie gilt vielmehr: Politik, die Identifikation ermöglicht, ist immer auch eine Frage des Stils.

Diese grundsätzliche Logik, nach der bei vielen der Zugang zu Politik funktioniert, treibt manchmal auch sehr extreme Blüten, etwa bei Sarah, die sich als bekennende Grünwählerin gibt und mit einem nicht unbedingt grünkompatiblen Sager zum „Ausländerthema“ aufhorchen lässt: „Es ist ja an sich nichts Schlechtes daran, wenn man sagt: Es sollen weniger Ausländer da sein. Wir haben ja ein Ausländerproblem. Aber wie es der Strache anpackt, finde ich halt falsch.“ (weiblich, 16 Jahre, AHS) Sarah nimmt das *WAS* offensichtlich weniger stark wahr als das *WIE*. Auch wenn dies mit dem gängigen Bild der jungen Grünwählerin nur schwer zusammen geht: Grün oder blau ist – zumindest, was Migration betrifft – für Sarah eher eine Frage des politischen Stils als eine der politischen Positionen.

Die Sachlage ist demnach komplex und ruft scheinbar nach einer Quadratur des Kreises: Einerseits wünschen sich Jugendliche mehr inhaltliche Substanz in der Politik, andererseits sind sie aber nicht (mehr) wirklich gewohnt, Politik in inhaltlich substanzvollen Kategorien zu denken. So präsentiert sich heute der breite junge Mainstream.

Wäre da schließlich noch die kleine feine Gruppe der so genannten „kritischen Intelligenz“, die durch überdurchschnittliches Politikinteresse auffällt und in der Sozialforschung als qualifizierte Minderheit bezeichnet wird. Ihr gelingt es zumindest ab und an, den Medien wie auch der Politik vernachlässigte jugendrelevante Themen aufzuzwingen. Man denke etwa an die Demonstrationen gegen die Streichung der Familienbeihilfe ab 24 im Herbst 2010, wo lautstarker Protest aus dem Studierendenmilieu kam und sich dann Interessensvertretungen und NGOs gemeinsam mit den StudentInnen für die Forderung nach einer familienfreundliche(re)n Sparpolitik der Regierung einsetzten, oder die vielleicht noch öffentlichkeitswirksameren Uni-Proteste 2009. Diejenigen, die sich hier engagierten, machten sich stark für eine „Öffnung der geschlossenen Thematisierungswelten der Massenmedien“ (Meyer 2001: 184) und leisteten damit einen wichtigen Beitrag zur Demokratie.

Ihr Engagement war und ist allerdings darauf angewiesen, dass es von den politischen AkteuerInnen gesehen und gehört wird und – mehr noch – dass diese den politischen Willen aufbringen, sich der artikulierten Anliegen auch tatsächlich anzunehmen. Hier kann und muss die Politik nun zeigen, wie ernst es ihr mit jungen Menschen und ihrer Sicht auf die politikrelevanten Dinge in der Welt wirklich ist. Lässt sie diese Chance ungenutzt, darf sie sich nicht wundern, wenn Jugendliche so sind, wie sie eben heute großteils sind: überzeugte und dennoch passive DemokratInnen, skeptisch, was

Gestaltungspotentiale der institutionellen Politik betrifft, und nur in sehr reduziertem Maße am politischen Mitgestalten interessiert.

Literatur

Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest: JIM-Studie 2010. Jugend, Information, (Multi-)Media. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-jähriger, Stuttgart, 2010

Meyer, Thomas: Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien, Frankfurt am Main, 2001

Institut für Jugendkulturforschung: ErstwählerInnen-Nachwahlbefragung zur Nationalratswahl 2008. Tabellenband, Eigenstudie des Instituts für Jugendkulturforschung, Wien, 2008

Institut für Jugendkulturforschung: Was erwarten 14- bis 19-Jährige von Politik? – qualitative Exploration, Eigenstudie des Instituts für Jugendkulturforschung, Wien, 2010a

Institut für Jugendkulturforschung: Wiener Jugend und Politik. ErstwählerInnen-Nachwahlbefragung zur Wien-Wahl 2010. Tabellenband, Eigenstudie des Instituts für Jugendkulturforschung, Wien, 2010b

Institut für Jugendkulturforschung: Jugendliche fragen, Parteien antworten. PolitikerInnen im Test, Pressedienst des Instituts für Jugendkulturforschung, Ausgabe 27 vom 6.10.2010, Wien, 2010c

Schneekloth, Ulrich: Jugend und Politik: Aktuelle Entwicklungstrends und Perspektiven, in: Shell Deutschland Holding (Hg.): Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich (16. Shell Jugendstudie), Frankfurt am Main, 2010, 129-164

Stamm, Karl-Heinz: Alternative Öffentlichkeit, die Erfahrungsproduktion neuer sozialer Bewegungen, Frankfurt am Main, 1988

Überwindung des Theaters, in: Spex 09/10/2010, 36-53

AutorInnen-Info

Dr. Beate Großegger ist wissenschaftliche Leiterin und stv. Vorsitzende des *Instituts für Jugendkulturforschung – jugendkultur.at* in Wien. Sie gilt über die Grenzen Österreichs hinaus als Expertin für junge Lebenswelten.

Beate Großegger studierte Publizistik- und Kommunikationswissenschaft mit den Schwerpunkten Kommunikationssoziologie und Kommunikationspsychologie und ist seit 1996 in der Jugendforschung tätig. Seit 2002 ist sie darüber hinaus Lehrbeauftragte am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien, seit 2005 Lehrbeauftragte am Institut für Praktische Theologie der Universität Innsbruck. Weitere Lehraufträge: Institut für Islamische Religionspädagogik der Universität Wien (2008), Popakademie in Mannheim (2006) sowie Department für Interaktive Medien und Bildungstechnologien an der Donau Universität Krems (2006, 2008).

Aktuelle Arbeitsschwerpunkte: Jugend und Arbeitswelt, Jugend und Politik, Jugend und Medien, Jugendkulturen und Lifestyles, soziale Exklusion sowie Methoden qualitativer Zielgruppenforschung

Kontakt:

Dr. Beate Großegger
Institut für Jugendkulturforschung
Alserbachstraße 18/7. OG – 1090 Wien
Tel.: 01/ 532 67 95
Mail: bgrossegger@jugendkultur.at

Institut für Jugendkulturforschung

Alserbachstraße 18/7.0G – 1090 Wien

Seit 2001 bietet das Institut für Jugendkulturforschung praxisrelevante Jugendforschung für Non-Profits und Social-Profits. Das Leitungsteam des Instituts ist seit eineinhalb Jahrzehnten erfolgreich in der angewandten Jugendforschung tätig.

Das Institut für Jugendkulturforschung verfolgt einen lebensweltlichen Forschungsansatz und bedient sich neben quantitativer Verfahren auch erprobter qualitativer Methoden, die die Alltagskulturen Jugendlicher und junger Erwachsener erschließen. Die Kombination von interpretativen und statistischen Verfahren ermöglicht angewandte Jugendforschung auf hohem Niveau.

Wir sind spezialisiert auf:

- repräsentative Jugendumfragen → face-to-face, telefonisch sowie online
- qualitative Jugendstudien → fokussierte und problemzentrierte Interviews, Gruppendiskussionen, teilnehmende Beobachtungen, Online-Forendiskussionen
- Praxisforschung → summative und formative Evaluationen, Kreativ-Workshops, Werbemittel- und Homepage-Abtestungen, Mystery Checks
- Sekundär(daten)-Analysen und Expertisen zu allen Kernthemen der Jugendarbeit und Jugendforschung
- triangulative Studien-Designs → Kombination verschiedener Erhebungs- und Auswertungsverfahren, um umfassende Antworten auf die zu untersuchenden Fragestellungen zu erhalten
- Entwicklung empirisch begründeter Typologien als Tool der Zielgruppensegmentierung und strategischen Maßnahmenplanung

Das Institut für Jugendkulturforschung deckt ein breites Themenspektrum ab: von Themen der klassischen Jugendforschung wie Jugend und Werte, Freizeit, Politik, Arbeitswelt und Beruf, Mediennutzung etc., über Themen der Jugendarbeitsforschung bis hin zur Jugendkultur- und Trendforschung.

Tel: +43 (1) 532 67 95

Fax: +43 (1) 532 67 95 - 20

<http://www.jugendkultur.at>

E-mail: jugendforschung@jugendkultur.at